



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Kommunale Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Ingolstadt
Antrag AN/0068/14 der CSU-Stadtratsfraktion vom 24.07.2014
Antrag AN/0031/14 der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.06.2014
(Referent: Herr Scheuer)

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Jugendhilfeausschuss	06.07.2017	Vorberatung
Finanz- und Personalausschuss	20.07.2017	Vorberatung
Stadtrat	27.07.2017	Entscheidung

Antrag:

1. Partizipationsprojekte mit Kindern und Jugendlichen werden in deren direkter Umgebung initiiert und pädagogisch begleitet.
Hierzu sollen pro Jahr in mindestens vier verschiedenen Stadtteilen Kinder- und Jugendversammlungen durchgeführt werden, die durch eine pädagogische Fachkraft vorbereitet, begleitet und nachbereitet werden.
Die Ergebnisse dieser Kinder- und Jugendversammlungen können in die jeweiligen Bezirksausschusssitzungen eingebracht und damit als reguläre Anträge kommunalpolitisch aufgegriffen werden.
Mit der Zustimmung des Stadtrates ist verbunden, dass das Verfahren mit Bezirksausschussmitgliedern und der noch zu gründenden Arbeitsgruppe (siehe Punkt 4) detailliert erarbeitet wird.
2. Gelingende dezentrale Beteiligungsstrukturen sollen die Voraussetzungen für mögliche zentrale Beteiligungsstrukturen schaffen.
3. Für die Durchführung und Begleitung der Partizipationsprojekte werden 0,5 Vollzeitäquivalente einer pädagogischen Fachkraft erforderlich, die momentan durch interne Aufgabenverteilungen im Amt für Jugend und Familie mit vorhandenem Personal besetzt werden kann.
4. Eine Arbeitsgruppe aus politischen Vertretern, Vertretern der Bezirksausschüsse, Vertretern des Amtes für Jugend und Familie und des Hauptamtes, Vertretern der kommunalen Jugendarbeit, Jugendlichen aus der Jugend(verbands)arbeit und evtl. aus den Schülermitverwaltungen soll die konzeptionelle Entwicklung begleiten.
5. Die Anträge AN/0068/14 und AN/0031/14 haben sich mit dem Beschluss dieser Vorlage erledigt.

Beschluss:

Jugendhilfeausschuss vom 06.07.2017

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen

3 Gegenstimmen

Finanz- und Personalausschuss vom 20.07.2017

Die Beschlussvorlage zur Beratung in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Stadtrat vom 27.07.2017

Der Antrag der Verwaltung **V0469/17** wird mehrheitlich genehmigt.